

I-1

Titel	Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	

Solidarität mit den unterdrückten Uigur*innen in der autonomen Region Xinjiang der Volksrepublik China

1 Uigur*innen sind ein muslimisches Turkvolk im Westen der Volksrepublik China. Sie
2 machen in der autonomen Provinz Xinjiang knapp die Hälfte der dort lebenden
3 Bevölkerung aus. Der Rest sind Han-Chines*innen, die in China die größte
4 Bevölkerungsgruppe darstellen. Wie andere Minderheiten, sind auch die Uigur*innen
5 einem massiven Druck der Zentralregierung in Beijing ausgesetzt. Die Region
6 Xinjiang ist das Versuchslaboratorium der Regierung, um Überwachungstechnik für
7 ganz China zu erproben. Dies führt, unter anderem, zu massiven Eingriffen in die
8 Freiheitsrechte der dort lebenden Menschen.

9 Die Unterdrückung und „Chinesierung“ der Uigur*innen gab es bereits Anfang des
10 20. Jahrhunderts – Unabhängigkeitsbewegungen wurden rabiak bekämpft. Im Zuge
11 des von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen „War on Terror“ wurde eine
12 nationalistisch-fundamentalistische uigurische Splitterorganisation zur internationalen
13 Terrororganisation erklärt. Dies war für die chinesische Regierung allerdings nicht
14 nur eine Rechtfertigung, um gegen die durchaus vorhandenen islamistischen Kräfte
15 in Xinjiang vorzugehen, sondern gegen die komplette Volksgruppe der Uigur*innen
16 und ihre Kultur. Still und heimlich wurden sogenannte „Umerziehungslager“
17 eingerichtet, in denen Menschen gefoltert werden – internationale Presse spricht gar
18 von „Konzentrationslagern“. Ziel hiervon ist offiziell das Austreiben terroristischen
19 Gedankenguts, inoffiziell werden die Menschen hier jedoch einer Gehirnwäsche der
20 chinesischen Zentralregierung unterzogen. Die internationale Gemeinschaft schaut
21 größtenteils weg. Die Regierung geht allerdings weiter: vermehrt schließt sie
22 Abkommen mit anderen Staaten, die eine Auslieferung Uigurischer Flüchtlinge
23 beinhalten. Am meisten von Repressionen betroffen sind Journalist*innen,
24 Aktivist*innen und Intellektuelle, aber auch Menschen, die sich mit der Geschichte
25 und sozialen Situation der Uigur*innen und anderer muslimischer Minderheiten
26 beschäftigen.

27 Die Provinz ist wichtig für das Projekt der „neuen Seidenstraße“, weshalb die
28 Regierung Unruhen und Aufstände wie 2009 um jeden Preis verhindern will.
29 Schätzungsweise über eine Millionen Uigur*innen sind mittlerweile auf unbestimmte
30 Zeit inhaftiert, der Rest der Menschen wird aktiv davon abgehalten ihre Kultur und
31 Religion auszuleben. Das Ziel dieser Maßnahmen kann nur die Auslöschung der
32 uigurischen Kultur und eine Gleichschaltung der Menschen sein. Man spricht von
33 Genozid, bei systematischen Verbrechen mit dem Ziel „eine nationale, ethnische
34 oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.“ Genau das droht hier. Die
35 Aufgabe der Weltgemeinschaft und gerade Deutschlands mit seiner Geschichte, ist
36 es, die Uigur*innen zu schützen.

37 Deswegen fordern wir:

38 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
39 die chinesische Regierung noch stärker mit den gravierenden
40 Menschenrechtsverbrechen zu konfrontieren und die internationale
41 Gemeinschaft dazu aufzurufen entsprechende Maßnahmen zum Schutz der
42 Uigur*innen zu ergreifen.

43 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
44 das besondere Schutzbedürfnis von Uigur*innen anzuerkennen und
45 Fluchtkontingente zu schaffen, damit diese Menschen in Sicherheit fliehen
46 können.

47 – die SPD-Bundestagsfraktion und unsere Mitglieder der Bundesregierung auf,
48 auf Staaten, die bereits geflohene Uigur*innen beherbergen, einzuwirken,
49 dass diese keine Auslieferungsabkommen mit China abschließen.